



BERLIN DEPESCHE

Sonderausgabe Nr. 14

Juli 2010

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

ENQUETE-KOMMISSION „INTERNET UND DIGITALE GESELLSCHAFT“

STANDPUNKT

- 2 Leitlinien für eine moderne Netzpolitik

ZUSAMMENSETZUNG UND ARBEITSWEISE

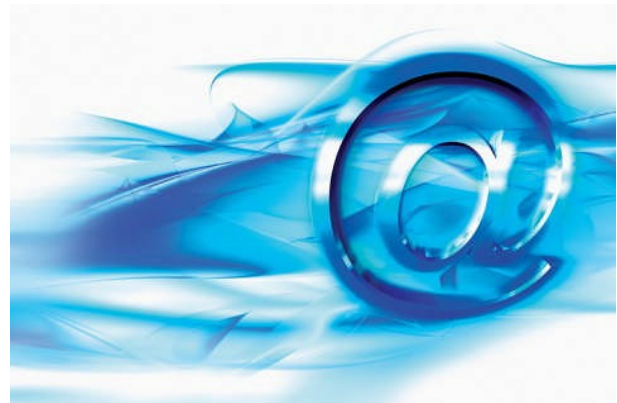
- 4 Konstituierung der Enquete-Kommission
- 5 Die 34 Mitglieder der Enquete-Kommission
- 6 Die von der SPD-Bundestagsfraktion entsandten Mitglieder
- 9 Einsetzungsbeschluss des Bundestages zur Enquete-Kommission
- 11 Die Enquete-Kommission im Internet

THEMEN

- 11 Die drei aktuellen Projektgruppen der Enquete-Kommission: Netzneutralität, Urheberrecht und Datenschutz
- 12 Anhörung: Kommission befragte Experten

ALLGEMEINES UND HISTORISCHES

- 12 Was ist eine Enquete-Kommission?
- 13 Bisherige Kommissionen



INFOS UND IMPRESSUM

- 14 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen, Büros, Impressum

Homepageausgabe • Stand: 9. Juli 2010

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Beitrag von Martin Dörmann in der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ (Ausgabe 7+8 / 2010)

Leitlinien für eine moderne Netzpolitik

Anmerkungen zur Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Mit der Einrichtung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hat der Deutsche Bundestag Netzpolitik als ein wichtiges Politikfeld anerkannt. Die mit der Digitalisierung verbundenen Veränderungen für unser Zusammenleben sind noch nicht in allen Konsequenzen absehbar. So manche Widersprüche gilt es aufzulösen. Die Chancen überwiegen aber deutlich, etwa für größere Angebotsvielfalt und gesellschaftliche Teilhabe. Wir müssen die Vorteile für alle nutzbar machen und auf Herausforderungen angemessen reagieren.

Zu Recht wird das Internet als größte kulturelle Umwälzung seit der Erfindung des Buchdrucks bezeichnet. Es hat der Globalisierung eine enorme Dynamik verliehen und prägt die soziale, kulturelle und berufliche Lebenswirklichkeit von immer mehr Menschen. Das freie Internet stärkt die Entfaltungsmöglichkeiten jedes Einzelnen von uns. Es bietet neue Möglichkeiten demokratischer Beteiligung und wirtschaftlicher Entwicklung.

Diese positiven Wirkungen gilt es zu sichern und auszubauen. Zugleich dürfen wir nicht die Augen vor den großen Herausforderungen verschließen: Das Netz verändert unser Denken und stellt bisherige gesellschaftliche Strukturen in Frage. Und viele Menschen haben noch keinen Zugang zur digitalen Welt, so dass die Gefahr einer digitalen Spaltung besteht. Deshalb ist zentrales Anliegen sozialdemokratischer Medien- und Netzpolitik, allen Menschen die Vorteile des Internets nutzbar zu machen und die freie Kommunikation zu schützen. Auf der anderen Seite darf die Offenheit des Internets nicht dazu führen, die Rechte des Einzelnen abzuschneiden. Im Kern geht es also darum, gleichzeitig gesellschaftliche Teilhabe, Angebotsvielfalt, Freiheit und Rechte im Netz zu sichern.

Die vom Bundestag eingerichtete Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ bietet eine große Chance, endlich eine breite gesellschaftliche Debatte um die Auswirkungen und Erfordernisse des digitalen Wandels zu führen. Wie notwendig diese ist, hat im vergangenen Jahr der Streit um Internetsperren gezeigt.

Auch die SPD hat hieraus ihre Konsequenzen gezogen und ist gerade dabei, sich auf verschiedenen Ebenen netzpolitisch breiter und konsequenter aufzustellen. So hat die Medienkommission beim SPD-Parteivorstand mit den neuen Gesprächskreisen „Netzpolitik und digitale Gesellschaft“ sowie

„Digitale Infrastruktur“ zwei zusätzliche Säulen erhalten. Und in der SPD-Bundestagsfraktion arbeiten jetzt mehr Abgeordnete aktiv an netzpolitischen Themen mit, von der Enquete-Kommission über den Unterausschuss „Neue Medien“ bis hin zu den einzelnen Fachausschüssen. Netzpolitik bedeutet für uns Gesellschaftspolitik.

Die Enquete-Kommission muss sowohl langfristige Linien aufzeigen als auch zügig konkrete Handlungsempfehlungen für parlamentarische Initiativen entwickeln. Viel wird davon abhängen, dass und wie die notwendigen Debatten im Netz geführt werden – hoffentlich vielfältig und mit der gebotenen Tiefe. Für erfolgreiche Handlungsvorschläge brauchen wir am Ende eine Akzeptanz in der Netzöffentlichkeit und in der gesamten Gesellschaft. Deshalb erwarten wir von der Enquete-Kommission eine konsequente Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit als zusätzlichen Sachverständigen.

Gesellschaftliche Teilhabe in der Mediengesellschaft

Wir müssen zudem zeitgemäße Leitlinien für eine moderne Netzpolitik entwickeln. Dabei muss man immer im Blick haben, dass der technische Zugang zum Internet und die Fähigkeit, die Angebote auch nutzen zu können, bereits heute über Bildungs- und Berufschancen – und damit über die Zukunftsperspektiven vieler Menschen entscheiden. De facto erleben wir noch eine digitale Spaltung zwischen denjenigen, die das Internet umfassend nutzen können, und denjenigen, die davon (aus unterschiedlichen Gründen) ausgeschlossen sind.

In technischer Hinsicht gilt es, den Breitbandausbau in Deutschland konsequenter als bisher voranzutreiben: Auch ländliche Regionen müssen an das schnelle Internet angeschlossen werden.



Der Umgang mit den sogenannten neuen Medien – insbesondere dem Internet – erfordert auf der anderen Seite kompetente Nutzerinnen und Nutzer. Dabei geht es nicht alleine darum, das Medium in seiner Vielfalt zu kennen und technisch zu beherrschen. Zugleich muss die Fähigkeit des kritischen und verantwortlichen Umgangs mit Informationen, Inhalten und Daten gestärkt werden. Medienkompetenz ist in allen Altersschichten die entscheidende Voraussetzung für Teilhabe an der digitalisierten Welt und damit eine Schlüsselqualifikation in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft. Deshalb muss der Umgang mit neuen Medien in unserem Bildungswesen eine zentrale Rolle spielen. Das betrifft die Lehrpläne ebenso wie die Kompetenz der Lehrkräfte und die angemessene technische Ausstattung der Schulen.

Freiheit und Rechte im Netz sichern

Mit zunehmender Kommunikation fallen immer mehr Daten an, die unter Umständen vom Staat oder durch Privatunternehmen genutzt und gesammelt werden. Vielfach stellen Bürgerinnen und Bürger selbst persönlichste Angaben ins Internet, junge Menschen vor allem in den sozialen Netzwerken.

Weder der Staat noch Unternehmen dürfen zu ungebremsten Datensammlern werden. Insbesondere muss verhindert werden, dass durch Vernetzung ein sensibles Profil der Betroffenen gezeichnet werden kann. Dem Datenschutz kommt deshalb eine besondere Bedeutung bei der Sicherung des freien Internets und des Grundrechtsschutzes zu. Er muss den aktuellen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen angepasst werden, ohne dabei die freie Kommunikation im Internet zu beeinträchtigen.

Auch für den Schutz immaterieller Produkte und Güter bringt die Digitalisierung neue Herausforderungen mit sich. Digitale Inhalte können leicht und verlustfrei kopiert werden. Deshalb ist den Nutzern der materielle Gegenwert oft nicht bewusst. Zudem ist es den Content-Anbietern nicht rechtzeitig gelungen, passende Geschäfts- und Erlösmodelle zu etablieren.

Weder können eine generelle Kriminalisierung vieler Nutzer noch das Ende des Urheberrechts eine Lösung sein. Wir müssen aber Regelungen finden, durch die Kultur- und Medienschaffende für ihre Arbeit angemessen vergütet werden. Nur so könne wir auf Dauer Qualität und Vielfalt sichern. Die SPD will im Rahmen eines Kreativpaktes eine Balance zwischen dem Vergütungsanspruch der Urheber, dem Verbraucherschutz und den Interes-

sen der Verwerter und der Industrie finden. Eine Kultur-Flatrate ist dabei als eine der möglichen Optionen zu prüfen – gerade weil hier noch viele Fragen offen sind.

Medienfreiheit und Medienvielfalt

Das Internet verändert, wie wir uns informieren und wie sich auf demokratische Weise Meinungen herausbilden. Gerade im Medienbereich hat der Wandel von der analogen zur digitalen Welt umwälzende Folgen. Viele altbekannte Angebote und Strukturen verschwinden ersatzlos oder werden von neuen abgelöst, Teilmärkte verschmelzen. Es entstehen Medienunternehmen, die spartenübergreifend organisiert und teilweise sehr wirkungsmächtig sind.

Zu den zentralen Herausforderungen der Medienpolitik gehören die Sicherstellung der Medien- und Pressefreiheit bei gleichzeitiger Wahrung von Qualität und Vielfalt – sowohl im traditionellen Medienbereich als auch im Internet. Ohne ein spezifisches, vielfalt-sicherndes Medienkonzentrationsrecht, das crossmedialen und konvergenten Umbrüchen genügt, werden die sich ergebenden Herausforderungen kaum zu bewältigen sein.

Gerade junge Menschen informieren sich inzwischen überwiegend und immer stärker über Online-Medien. Darauf müssen sich sowohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk als auch die privaten Medienanbieter einstellen. Die Medienordnung muss beiden Bereichen die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten geben. Die duale Medienordnung in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte und war in der Vergangenheit Garant für eine gerade im internationalen Vergleich qualitativ hochwertige und plurale Medienlandschaft. Diese Vorzüge gilt es auch in der digitalisierten Medienwelt zu sichern.

Die Beispiele der digitalen Veränderungen und Herausforderungen ließen sich weiter ergänzen. Die Enquete-Kommission wird sich im vorgegebenen Zeitraum bis zum Sommer 2012 mit vielen Fragestellungen befassen. Dabei setze ich darauf, dass wir über politische Farben und unterschiedliche Kompetenzebenen hinweg breit getragene Initiativen entwickeln werden – damit wir die Chancen der Digitalisierung zum Vorteil der gesamten Gesellschaft nutzen.

Martin Dörmann ist medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages.

Konstituierung der Enquete-Kommission

Martin Dörmann zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

Die neue Enquete-Kommission hat sich am 5. Mai 2010 unter Leitung von Bundestagsvizepräsidentin **Petra Pau** konstituiert. Zum Vorsitzenden benannte die Kommission den CDU-Abgeordneten **Axel E. Fischer**, zu seinem Stellvertreter **Martin Dörmann**. Obleute der Fraktion sind **Jens Koeppen** (CDU/CSU), **Lars Klingbeil** (SPD), **Jimmy Schulz** (FDP), **Halina Wawzyniak** (Die Linke) und **Dr. Konstantin von Notz** (Bündnis 90/Die Grünen).

Von den 17 Abgeordneten der Enquete gehören

sechs der Unionsfraktion an, vier der SPD-Fraktion, drei der Fraktion der FDP sowie jeweils zwei der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/die Grünen.

Die Kommission wird zusammen mit externen Fachleuten etwa 2 Jahre lang darüber beraten, wie der Gesetzgeber den legislativen Anforderungen der digitalisierten Gesellschaft am besten begegnen kann. 2012 wird die Enquete-Kommission dem Bundestag einen Bericht mit Handlungsempfehlungen vorlegen.



Die SPD-Abgeordneten Aydan Özoğuz, Martin Dörmann und Lars Klingbeil im Gespräch



Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau mit Axel E. Fischer und Martin Dörmann bei der konstituierenden Sitzung der Enquete-Kommission



Die Mitglieder der Enquete-Kommission vor dem Reichstag (v.l.): padeluun (Künstlernamen), Tabea Rößner, Constanze Kurz, Jeanette Hofmann, Cornelia Tausch, Anette Mühlberg, Alvar Freude, Christof Weinhardt, Harald Lemke, Dieter Gorny, Johannes Kahrs, Lars Klingbeil, Nicole Simon, Axel E. Fischer, Sylvia Canel, Jens Koeppen, Bernhard Rohleder, Jimmy Schulz, Martin Dörmann, Wolf Osthaus, Aydan Özoğuz, Manuel Höferlin, Thomas Jarzombek, Wolf-Dieter Ring, Markus Beckedahl, Ansgar Heveling, Hubertus Gersdorf, Sebastin Blumenthal, Wolfgang Schulz, Peter Tauber, Reinhard Brandl, Konstantin von Notz, Florian Bernschneider

Die 34 Mitglieder der Enquete-Kommission

Jeweils 17 Bundestagsabgeordnete und externe Sachverständige

Der Enquete-Kommission gehören jeweils 17 Bundestagsabgeordnete sowie 17 externe Sachverständige an.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat folgende Abgeordnete für die Enquete-Kommission berufen: **Lars Klingbeil** (Sprecher), **Martin Dörmann**, **Johannes Kahrs** und **Aydan Özoğuz** als ordentliche Mitglieder sowie **Elvira Drobinski-Weiß**, **Christian Lange**, **Burkhard Lischka** und **Brigitte Zypries** als stellvertretende Mitglieder.

Die Sachverständigen wurden von den einzelnen Fraktionen entsprechend ihrer Stärke benannt. Darunter sind unter anderem politische Medienexperten, Netzaktivisten, Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler.

Von der SPD-Fraktion wurden folgende Experten berufen: **Alvar Freude** (*AK Zensur, Gesprächskreis Netzpolitik*), **Lothar Schröder** (*Ver.di*), **Wolfgang Schulz** (*Hans-Bredow-Institut*), **Cornelia Tausch** (*Verbraucherzentrale Bundesverband*)

Die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"

<u>Vorsitzender:</u>		<u>Stellvertretender Vorsitzender:</u>	
Axel E. Fischer	CDU/CSU	Martin Dörmann	SPD
<u>Obleute:</u>			
Jens Koeppen	CDU/CSU	Halina Wawzyniak	DIE LINKE.
Lars Klingbeil	SPD	Dr. Konstantin von Notz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jimmy Schulz	FDP		

Fraktion	Mitglieder	Stellvertreter	Sachverständige
CDU	Axel E. Fischer Ansgar Heveling Thomas Jarzombek Jens Koeppen Peter Tauber	Christian Hirte Axel Knoerig Nadine Müller Lucia Puttrich Tankred Schipanski	Dieter Gorny <i>(Bundesverband Musikindustrie)</i> Harald Lemke <i>(hessischer Staatssekretär a.D.)</i> Bernard Rohleder <i>(BITKOM)</i> Nicole Simon <i>(Social Media Consultant)</i> Christof Weinhardt <i>(Karlsruhe Institute of Technology)</i>
CSU	Reinhard Brandl	Stephan Mayer	Wolf-Dieter Ring <i>(Bayrische Landeszentrale für neue Medien)</i>
SPD	Martin Dörmann Johannes Kahrs Lars Klingbeil Aydan Özoğuz	Elvira Drobinski-Weiß Christian Lange Burkhard Lischka Brigitte Zypries	Alvar Freude <i>(AK Zensur)</i> Lothar Schröder <i>(Ver.di)</i> Wolfgang Schulz <i>(Hans-Bredow-Institut)</i> Cornelia Tausch <i>(Verbraucherzentrale Bundesverband)</i>
FDP	Sebastian Blumenthal Manuel Höferlin Jimmy Schulz	Florian Bernschneider Sylvia Canel Stephan Thomae	Hubertus Gersdorf <i>(Universität Rostock)</i> Wolf Osthaus <i>(Ebay)</i> padeluun <i>(Künstler, Netzaktivist)</i>
Linke	Petra Sitte Halina Wawzyniak	Herbert Behrens Jan Korte	Constanze Kurz <i>(CCC)</i> Annete Mühlberg <i>(Ver.di)</i>
Grüne	Tabea Rößner Konstantin von Notz	Jerzy Montag Krista Sager	Markus Beckedahl <i>(netzpolitik.org)</i> Jeanette Hoffmann <i>(WZB)</i>

Die von der SPD-Bundestagsfraktion entsandten Mitglieder

Abgeordnete und Sachverständige

Als Mitglieder berufene Bundestagsabgeordnete der SPD



Martin Dörmann (stellv. Vorsitz)

- geboren am 30. Juni 1962 in Her-ten, Westfalen; katholisch; ver-heiratet
- Jurist
- Mitglied des Bundestags seit 2002
- stellv. Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand/ Koor-dinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“
- Mitglied der Projektgruppe Netz-neutralität der Enquete-Kommission



Johannes Kahrs

- geboren am 15. September 1963 in Bremen
- Jurist
- Mitglied des Bundestags seit 1998
- Mitglied im Haushaltsausschuss
- Mitglied im Rechnungsprüfungs-ausschuss
- Mitglied im Ältestenrat
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied der Projektgruppe Urheberrecht, Schutz geistigen Eigentums der Enquete-Kommission



Lars Klingbeil (Sprecher)

- geboren am 23. Februar 1978 in Soltau
- wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Mitglied des Bundestages seit 2009
- Mitglied im Verteidigungsaus-schuss
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“



Aydan Özoguz

- geboren am 31. Mai 1976 in Fin-kenau; verheiratet; ein Kind
- wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Mitglied des Bundestages seit 2009
- Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- stellv. Mitglied im Innenausschuss
- stellv. Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“

Von der SPD-Fraktion als Mitglieder benannte Sachverständige



Alvar C. H. Freude

- geboren am 9. Juni 1972 in Berlin; verheiratet; eine Tochter
- freiberuflicher Softwareentwickler, Trainer, Autor, Berater
- Mitglied im Vorstand des Fördervereins Informationstechnik und Gesellschaft e.V.
- Mitglied der Jury der BigBrotherAwards Deutschland
- Mitbegründer des Arbeitskreises gegen Internetsperren und Zensur
- Mitglied der Projektgruppe Netzneutralität der Enquete-Kommission



Lothar Schröder

- geboren am 5. Dezember 1959 in Weingarten; verheiratet
- seit 2006 Mitglied des ver.di Bundesvorstandes, Fachbereichsleiter Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung
- stellv. Vorsitzender Aufsichtsrat Deutsche Telekom AG
- Vorsitzender des Datenschutzbeirates
- Mitglied der Projektgruppe Datenschutz, Persönlichkeitsrechte der Enquete-Kommission



Dr. Wolfgang Schulz

- geboren 1963
- Lehrbeauftragter im Wahlschwerpunkt Information und Kommunikation des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Universität Hamburg
- Habilitation Öffentliches Recht, Medienrecht und Rechtsphilosophie
- seit 1999 stellv. Geschäftsführer sowie Leiter des Bereichs Medien- und Telekommunikationsrecht des Hans-Bredow-Instituts
- Mitglied der Projektgruppe Urheberrecht, Schutz des geistigen Eigentums der Enquete-Kommission



Cornelia Tausch

- geboren am 4. April 1966
- Diplom-Volkswirtin
- Lehrtätigkeit in Paderborn, Wuppertal, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW
- seit 2008 Leiterin des Fachbereichs Wirtschaft und Internationales beim Verbraucherzentrale Bundesverband
- Mitglied des Vorstandes und Schatzmeisterin des europäischen Dachverbandes der Verbraucherorganisationen
- Vertreterin Deutschlands in der Europäischen Beratenden Verbrauchergruppe der EU Kommission
- Mitglied der Projektgruppe Datenschutz, Persönlichkeitsrechte der Enquete-Kommission

Als stellvertretende Mitglieder berufene Bundestagsabgeordnete der SPD



Elvira Drobinski-Weiß

- geboren am 26. Juni 1951 in Norderney, katholisch; verheiratet
- Diplompädagogin, Rektorin
- Mitglied des Bundestages seit 2004
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Tourismus



Christian Lange

- geboren am 27. Februar 1964 in Saarlouis, evangelisch
- Oberregierungsrat a.D.
- Mitglied des Bundestages seit 1998
- Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
- Mitglied im Wahlprüfungsausschuss



Burkhard Lischka

- geboren am 01. Februar 1965 in Marsberg; verheiratet, zwei Kinder
- Jurist
- Mitglied des Bundestages seit 2009
- Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Mitglied im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“
- Mitglied im Rechtsausschuss
- Mitglied im Unterausschuss Europarecht



Brigitte Zypries

- geboren am 16. November 1953 in Kassel
- Juristin
- Mitglied des Bundestages seit 2005
- stellv. Mitglied im Sportausschuss
- stellv. Mitglied im Wahlprüfungsausschuss
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Ausschuss für „Kultur und Medien“
- Mitglied des Fernsehrates

Der Einsetzungsbeschluss des Bundestages

Der Deutsche Bundestag beschloss am 4. März 2010 die Einrichtung der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft". Die Kommission wird zusammen mit externen Fachleuten etwa 2 Jahre lang darüber beraten, wie der Gesetzgeber den legislativen Anforderungen der digitalisierten Gesellschaft am besten begegnen kann. 2012 wird die Enquete-Kommission dem Bundestag einen Bericht mit Handlungsempfehlungen vorlegen. Nachfolgend dokumentieren wir den Einsetzungsbeschluss im Wortlaut.

I. Ausgangslage

Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt und trägt maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei.

Die digitale Gesellschaft bietet neue Entfaltungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen ebenso wie neue Chancen für die demokratische Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens, für die wirtschaftliche Betätigung und für die Wissensgesellschaft. Die Nutzung dieser Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten gehört längst zum Alltag der überwältigenden Mehrheit der Menschen in unserem Land. Nun erleben wir eine erneute Veränderung: Das Internet ist nicht länger nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen, denn gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt. Die Menschen benötigen heute neue Kenntnisse und Fähigkeiten. Dazu zählen beispielsweise die Auswahl, die Einordnung und die Bewertung der nahezu unbegrenzt zur Verfügung stehenden Informationen.

Die Grundrechte und in besonderem Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung müssen geachtet und geschützt werden. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, das Internet als freiheitliches Medium zu schützen. Die Bürger bauen darauf, dass der Rechtsstaat durch Rahmenbedingungen die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme sicherstellt. In autoritär geführten Staaten, in denen die klassischen Medien zensiert und staatlich kontrolliert werden, können wir beobachten, welche Chancen das Internet für Demokratie, Meinungsfreiheit und eine unabhängige Berichterstattung birgt.

Für die Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand unserer Gesellschaft.

Verbraucher müssen über ihre Rechte und Pflichten im elektronischen Handel informiert sein. Der Rechtsrahmen muss der digitalen Gesellschaft angepasst sein, um starke Verbraucherrechte zu gewährleisten.

Das Internet führt zu einer tiefgreifenden Veränderung des Medienverhaltens und schafft völlig neue Möglichkeiten für den Vertrieb und die Nutzung kreativer Inhalte und künstlerischer Werke. Das Verständnis für die Bedeutung des Urheberrechts zu fördern und geistiges Eigentum zu achten, ist zugleich eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Kinder und Jugendliche, die mit den neuen Technologien des digitalen Zeitalters aufwachsen, nutzen diese anders als die Generation ihrer Eltern. Dennoch müssen sie auf möglichen Gefahren der digitalen Gesellschaft vorbereitet, ihre Fragen beantwortet und zu einem sicherheitsbewussten Verhalten hingeführt werden. Im Jugendschutz sind noch Verbesserungen möglich. Dabei ist uns bewusst, dass die Gefahren für Kinder und Jugendliche durch Verbote oder technische Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden können. Deshalb muss auch die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Eltern gestärkt werden.

Nicht alle können die Chancen der digitalen Gesellschaft gleichermaßen wahrnehmen. Menschen ohne die Möglichkeit und Fähigkeit zur Teilnahme bekommen zunehmend Probleme. Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, einer digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenzutreten.

Das Internet macht nicht an Landesgrenzen halt. Vielmehr macht die globale Entwicklung des Internet deutlich, dass es neue internationale Ansätze geben muss, die politischen Fragen der Digitalisierung zu beantworten.

II. Auftrag

Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission insbesondere folgende Schwerpunkte - unabhängig von und zusätzlich zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren - zu untersuchen:

Kultur und Medien

- Erhaltung und Sicherung von Medien- und Meinungsfreiheit und -vielfalt und der Informations-, Presse- und Rundfunkfreiheit
- Stärkung der Medienverantwortung und Medienkompetenz bei Anbietern und Nutzern
- Folgen der Digitalisierung für den Rundfunk und die Printmedien und die Herausforderungen für die Medien- und Kommunikationsordnung
- Veränderungen der Produktion, Distribution und Nutzung von künstlerischen Werken und kreativen Inhalten
- Maßnahmen zur digitalen Sicherung und langfristigen Archivierung des kulturellen Erbes und seiner Nutzung

Wirtschaft, Umwelt

- Auswirkungen der Entwicklung großer globaler Internet-Konzerne
- Klima-, Umwelt- und ressourcenschonende Gestaltung der Informationstechnik
- Beitrag der Informationstechnik zum Umwelt- und Klimaschutz
- Veränderungen der Arbeitswelt durch neue Medien

Bildung und Forschung

- Verbesserung der Medienkompetenz, Medien-erziehung in Schule, Hochschule sowie Aus- und Weiterbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens
- Internationale Zusammenarbeit in Forschung und Wissenschaft
- Strategien zur Vermeidung der digitalen Spaltung
- Open Access-Initiativen zum freien Zugang zu den Ergebnissen staatlich finanzierter Forschung
- Weiterentwicklung und Definition offener Standards und Normen, Bedeutung von Open Source, freier Software und Interoperabilität

Verbraucherschutz

- Verbraucherschutzpolitik in der digitalen Gesellschaft und Anforderungen an einen internationalen Verbraucherschutz
- Rechtssicherheit im elektronischen, auch grenzüberschreitenden Handel
- Sicherstellung des Verbraucherschutzes bei missbräuchlichen massenhaften Abmahnungen

Recht und Innen

- Wahrung des Grundrechtsschutzes, insbesondere des Persönlichkeitsrechts
- Zukunft des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung
- Rechtliche und technische Voraussetzungen für Datenschutz und Datensicherheit
- Auswirkungen und Perspektiven neuer Protokolle in digitalen Netzen
- Anonymität, Pseudonymität und Identitätsmanagement im Internet
- Bedeutung der Netzneutralität für eine neutrale Datenübermittlung und einen freien und ungehinderten Zugang zum Internet
- Maßnahmen zum Schutz der Funktionalität kritischer Netzinfrastrukturen
- Bedrohungen durch Computer- und Internet-Kriminalität, -Terrorismus, -Spionage und -Sabotage
- Stärkung des Bewusstseins für den Wert geistigen Eigentums; Entwicklungen des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft
- Jugendschutz in den neuen Medien
- Konsequenzen aus der Konvergenz von Medien- und Telekommunikationsanbietern
- Möglichkeiten und Grenzen der Rechtsdurchsetzung in weltweiten Netzen.

Gesellschaft und Demokratie

- Weiterentwicklung der eGovernment-Dienstleistungen und des eParlament-Angebotes des Deutschen Bundestages
- Open Data-Strategien für einen freien Zugang zu staatlichen Informationen

- Soziologische Auswirkungen der Digitalisierung auf den Einzelnen und die Gesellschaft
- Möglichkeiten für neue Formen der Teilhabe, der Bürgerbeteiligung und Nutzung neuer Partizipationsformen

Als eine Grundlage der Bestandsaufnahme kann der Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung dienen. Eine weitere Grundlage der Bestandsaufnahme können die Berichte der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ der 13. Legislaturperiode sein.

III. Beteiligung

Die Enquete-Kommission bezieht die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit mit ein. Über die Arbeit der Kommission wird regelmäßig und so transparent wie möglich auf der Internetseite des Deutschen Bundestages informiert. Dort werden zudem Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, die Anregungen aus der Öffentlichkeit in geeigneter Weise in der Arbeit der Kommission einfließen lassen können.

IV. Handlungsempfehlungen

Die Enquete-Kommission soll politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen. Die Enquete-Kommission soll auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, national und international, benennen.

V. Zusammensetzung

Der Enquete-Kommission gehören 17 Mitglieder des Bundestages und 17 Sachverständige an. Die Fraktion der CDU/CSU benennt 6 Mitglieder, die Fraktion der SPD 4 Mitglieder, die Fraktionen der FDP 3, LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN je zwei Mitglieder. Für jedes Mitglied des Bundestages kann ein stellvertretendes Mitglied benannt werden. Die Sachverständigen werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so benennen sie die Fraktionen nach dem vorgenannten Schlüssel.

VI. Zeitplan

Die Enquete-Kommission soll sich unverzüglich konstituieren und bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, damit noch in der 17. Legislaturperiode erste Umsetzungsschritte erfolgen können. In einem Zwischenbericht sind erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zu einzelnen Teilbereichen der behandelten Themen bis Ostern 2011 vorzulegen.

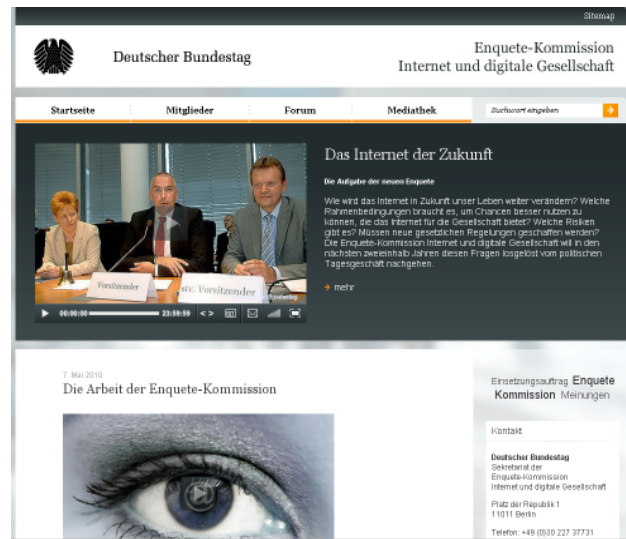
Neue Formen der Bürgerbeteiligung

Im Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission heißt es: „Die Enquete-Kommission bezieht die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit mit ein. Über die Arbeit der Kommission wird regelmäßig und so transparent wie möglich auf der Internetseite des Deutschen Bundestages informiert. Dort werden zudem Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, die Anregungen aus der Öffentlichkeit in geeigneter Weise in der Arbeit der Kommission einfließen lassen können.“

Die Enquete-Kommission wird neue Formen der virtuellen Bürgerbeteiligung erproben. Bürgerinnen und Bürgern werden am Arbeitsprozess der Enquete-Kommission teilhaben können. Dazu gehören Live-Übertragungen der Sitzungen ebenso wie die Möglichkeit, selbst mitzudiskutieren.

Hier setzt die Microsite der Enquete-Kommission auf der Internet-Seite des Deutschen Bundestages an: Als interaktives Element bietet das Diskussionsforum die Möglichkeit, eigene Beiträge hochzuladen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Kommentare, Hinweise sind nicht nur willkommen sondern geradezu erwünscht. Die

Seite verfügt neben einer Übersicht über alle Mitglieder auch über eine Mediathek, in der Reden und Filme zur Kommission eingestellt sind. Zudem hat die Kommission beschlossen, einen Blog einzurichten, in dem über den zukünftigen Online-Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert werden kann.



→ Seiten zur Enquête-Kommission sind zu finden unter:

www.bundestag.de/internetenquete/index.jsp

www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,45761,00.html

THEMEN

Die drei Projektgruppen der Enquete-Kommission

Netzneutralität, Urheberrecht und Datenschutz

In drei themenbezogenen Projektgruppen hat die Enquete-Kommission ihre inhaltliche Arbeit aufgenommen. Jeweils neun stimmberechtigte und bis zu 17 weitere Kommissionsmitglieder arbeiten darin an den folgenden Themen:

Netzneutralität

Netzneutralität bedeutet, dass Netzbetreiber keinen Unterschied bei den Inhalten oder Anwendungen in ihren Netzen machen oder diese aufgrund eigener Interessen beschränken. Gegner der Netzneutralität fürchten um ihre Geschäftsmodelle, Befürworter warnen vor der Behinderung neuer Entwicklungen und höheren Kosten für die Verbraucher.

Von der SPD-Fraktion entsandte Mitglieder in dieser Projektgruppe sind **Martin Dörmann** und **Alvar Freude**.

Urheberrecht

Mit dem Urheberrecht und dem Schutz geistigen Eigentums wird sich die zweite Gruppe auseinandersetzen. Bei diesem Thema treffen erneut verschiedene Interessen aufeinander: Einerseits er-

möglicht die kostenlose Verbreitung künstlerischer und geistiger Werke im Internet den einfachen Zugang für viele Menschen zu Texten, Filmen, Bildern und Musik. Andererseits bedroht die so genannte Kostenloskultur des Internets die Existenzgrundlagen der Künstlerinnen und Künstler sowie die damit verbundenen Strukturen bei Verlagen, Musik- und Filmproduzenten.

Von der SPD-Fraktion entsandte Mitglieder: **Johannes Kahrs** und **Dr. Wolfgang Schulz**

Datenschutz

Das Thema Datenschutz beschäftigt die dritte Projektgruppe der Enquete-Kommission. Hier werden Themen des Verbraucherschutzes im Fokus stehen. Was geschieht mit den Datensammlungen, die bei Online-Geschäften anfallen? Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit Datentransparenz und Datensicherheit gewährleistet sind?

Von der SPD-Fraktion entsandte Mitglieder: **Lothar Schröder** und **Cornelia Tausch**

Anhörung

Kommission befragte Experten zu Chancen und Risiken der Digitalisierung

In einer öffentlichen Anhörung befragte die Enquete-Kommission am 5. Juli 2010 namhafte Experten und bat sie um ihre Einschätzungen zu Fragen rund um das Internet. Die zweite Hälfte der Sitzung wurde von **Martin Dörmann** geleitet.

An der Anhörung nahmen teil:

Prof. Dr. Wolfgang Coy

(Humboldt-Universität zu Berlin)

Lars Hinrichs (Cinco Capital GmbH)

Prof. Dr. Thomas Hoeren

(Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Informations-, Telekommunikations-

und Medienrecht)

Marie-Thérèse Huppertz

(Vice President Government Relations SAP AG)

Dr. Paul-Bernhard Kallen

(Vorstand der Hubert Burda Media Holding KG)

Prof. Dr. Peter Kruse (nextpractice GmbH)

Prof. Dr. Rainer Kuhlen (Universität Konstanz
Informatik & Informationswissenschaft)

Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow

(Universität Paderborn Institut für Medienwissen-
schaft)

ALLGEMEINES UND HISTORISCHES

Was ist eine Enquete-Kommission?

Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft

Enquete-Kommissionen gehören auf Bundesebene zu den spektakulärsten Einrichtungen der Politikberatung und stellen eine wichtige Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft dar. Sie können gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingesetzt werden zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe. Ihre vornehmliche Aufgabe ist es, als Beratungsgremium für den Deutschen Bundestag Informationen über die Auswirkungen von technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu sammeln und auszuwerten, dem Parlament künftige Regelungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen und

Empfehlungen für politische Entscheidungen zu erarbeiten.

Im Gegensatz zu ständigen Ausschüssen des Bundestages arbeiten in Enquete-Kommission Sachverständige, die nicht dem Bundestag angehören, gleichberechtigt mit Mitgliedern des Bundestages zusammen an einem ihnen vom Bundestag übertragenen Thema. Diese Themen sind in der Regel so komplex und umfassend, dass es nicht möglich ist Bundestagsbeschlüsse zur Regelung dieser Themen allein auf dem „normalen“ Arbeitsweg ausreichend vorbereiten zu lassen. Die Arbeit einer Enquete-Kommission zielt auf die Erstellung eines Schlussberichts, der zur Vorbereitung von konkreten Entscheidungen des Bundestages dient.

→ Nähere Informationen zu Enquete-Kommissionen: www.bundestag.de



Blick in den Sitzungssaal der aktuellen Enquête.Kommission

Bisherige Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages

Legislaturperiode	Thema
6. Wahlperiode (1969-1972, Kabinett Brandt I)	Psychiatrie-Enquête (Einsetzung am 23. Juni 1971)
7. Wahlperiode (1972-1976, Kabinett Brandt II/Kabinett Schmidt I)	Verfassungsreform (Einsetzung am 22. Februar 1973) Auswärtige Kulturpolitik (Einsetzung am 23. Februar 1973)
8. Wahlperiode (1976-1980, Kabinett Schmidt II)	Frau und Gesellschaft (Einsetzung am 20. April 1977)
9. Wahlperiode (1980-1983, Kabinett Schmidt III, Kabinett Kohl I)	Neue Informations- und Kommunikationstechniken (Einsetzung am 18. März 1981) Jugendprotest im Demokratischen Staat (Einsetzung am 7. April 1981) Zukünftige Kernenergie-Politik (Einsetzung am 14. Mai 1981)
10. Wahlperiode (1983-1987, Kabinett Kohl II)	Chancen und Risiken der Gentechnologie (Einsetzung am 25. April 1984) Technologiefolgenabschätzung (Einsetzung am 15. November 1984)
11. Wahlperiode (1987-1990, Kabinett Kohl III)	Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung (Einsetzung am 31. März 1987) Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung (Einsetzung am 20. Mai 1987) Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre/Schutz der Erdatmosphäre (Einsetzung am 24. Juni 1987) Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000 (Einsetzung am 17. August 1987)
12. Wahlperiode (1990-1994, Kabinett Kohl IV)	Aufarbeitung und Folgen der SED-Diktatur (Einsetzung am 21. Februar 1992)
13. Wahlperiode (1994-1998, Kabinett Kohl V)	Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung (Einsetzung am 15. Dezember 1994) Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik (Einsetzung am 31. Mai 1995) So genannte Sekten und Psychogruppen (Einsetzung am 27. Februar 1996) Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft
14. Wahlperiode (1998-2002, Kabinett Schröder I)	Recht und Ethik der modernen Medizin I (Einsetzung am 23. November 1999) Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten (Einsetzung am 14. Dezember 1999) Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements (Einsetzung am 14. Dezember 1999) Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung (Einsetzung am 15. Februar 2000)
15. Wahlperiode (2002-2005, Kabinett Schröder II)	Ethik und Recht der modernen Medizin II (Einsetzung 18. Februar 2003) Kultur in Deutschland (Einsetzung 1. Juli 2003)
17. Wahlperiode (2009-2012, Kabinett Merkel II)	Internet und digitale Gesellschaft (Einsetzung am 3. März 2010)

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Vorsitzender der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatler der SPD-Fraktion für Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Marc Drögemöller,
Anja Möbus, Jens Zimmer

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam

Tim Cremer, Esther Frenzel, Assen Kochev, Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo.–Di.: 13 bis 18 Uhr
Mi.–Do.: 9 bis 18 Uhr, Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02

Mitarbeiter

Marco Pagano

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 15 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2010

Die 3., 4., 6., 8., 9., 11., 12., 16., 18., 20., 23., 24., 26., 27., 37., 39., 40., 43., 45., 47., 48. und 50. KW sind Sitzungswochen. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantw.),
Anja Möbus

BILDNACHWEIS

Pixelio (S. 1), Büro Martin Dörmann (S. 2), Anke Jacobs/Deutscher Bundestag (S. 4), Deutscher Bundestag (S. 6, 7, 8, 12)

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet. In unregelmäßigen Abständen erscheinen Sonderausgaben zu besonderen Themen.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de



